

Atommüll-Endlager: „Nicht in meinem Garten“

Bis 2031 muss endgültiger Standort gefunden sein – Bayerischer Wald kommt in Frage – Granit gehört zu geeigneten Gesteinen

Von Andreas Windpassinger

Hauzenberg. Beim Vortrag über die Atommüll-Endlagersuche im Granitzentrum kam es eher nebenbei zur Sprache. Aber Tatsache ist: Der Granit kommt neben Salz und Tongestein als Gesteinstyp in Frage, wenn es um das Endlager geht. Damit sei die Region des Bayerischen Waldes nach wie vor im Rennen, hieß es.

Die Zerklüftung des Granits sei kein Ausschlusskriterium, stellte der Referent Helge Bauer vom Umweltverband „ausgestrahlt“ klar. Denn: Je weiter man in die Erdschichten runtergehe, desto weniger sei das Material zerklüftet. „Möglicherweise spielen aber andere Aspekte eine Rolle, vor 500 Jahren gab es nämlich ein Erdbeben bei uns“, erinnerte Ludwig Bauer vom Granitzentrum.

Lagerzeit: Eine Million Jahre

Fakt ist: Gesucht wird ein Standort mit bestmöglicher Sicherheit für den im Inland verursachten hochradioaktiven Abfall. Ein tiefengeologisches Lager unter der Erde soll es werden, mit einer Rückholbarkeit des verschlossenen Mülls für einen Zeitraum von mindestens 500 Jahren. Weil man möglicherweise in 200

Jahren ganz andere technische Möglichkeiten habe, als es heute der Fall ist. Die sichere Einlagerung soll sich auf einen Zeitraum von einer Million Jahren erstrecken. Und neben dem Erdbebenrisiko wären die vulkanische Aktivität oder Vorkommen junger Grundwässer alles entscheidende Ausschlusskriterien, wegen der Durchlässigkeit beziehungsweise dem Wasserzutritt. Regierung und viele Beteiligte hätten folgendes Bestreben: Am Ende einen Standort auf demokratischem Wege zu finden, der breite Akzeptanz genießt. Dass das funktioniert, glaubte am Vortragsabend kaum einer der Zuhörer.

„Wenn wir uns anschauen, was die Windrad-Diskussion in der Granitstadt ausgelöst hat, zweifle ich daran, dass wir in Deutschland einen Atommüllendlagerplatz finden, ohne dass es großen Widerstand gibt“, war im Publikum zu hören. Da half auch nicht, dass der Referent daran erinnerte, dass es hinsichtlich der Akzeptanz von Atommüllendlagern unterschiedliche Kulturen in Europa gebe. In Finnland habe man ein Endlager ohne große Bürgerproteste gefunden.

Zwölf Jahre habe man für den Standortbeschluss Zeit, 19 weitere Jahre, um das Megaprojekt dann hinzustellen. Egal ob Funkmast, Windrad oder Atommüllla-



Sie thematisierten im Granitzentrum Bayerischer Wald die Atommüll-Endlagersuche und klärten darüber auf, dass auch der Bayerische Wald mit seinem Granitvorkommen nicht aus dem Rennen ist: Ludwig Bauer (v. l.), Referent Helge Bauer („ausgestrahlt“), Christa Gottinger und Markus Muckenschnabl vom Energienetzwerk Passau. – Foto: Windpassinger

ger: Das „Nicht in meinem Garten-Phänomen“ sei weit verbreitet, sei aber unter Umständen kein Gegenargument, das wirklich zählt. „Abstand zur Wohnbauung, Trinkwassergewinnung, Investitionsvorhaben, Naturschutz oder Bodenschätze sind im Verfahren nur Abwägungskriterien, aber keine Ausschlusskriterien“, klärte der Referent aus Hamburg auf. Es komme eben

rein auf die geologischen Mindestanforderungen an.

„Es wird Verlierer und Verliererregion geben“

Nahezu 2000 Castor-Behälter, die jetzt an 16 Standorten aufbewahrt sind, müssen mindestens 300 Meter tief sicher unter Boden

So läuft die Suche

Im Standortauswahlverfahren der Bundesregierung sind verschiedene Akteure eingebunden, darunter auch das Bundesamt für kerntechnische Entsorgungssicherheit.

Das neue Suchverfahren startete mit der Atommüllkommission offiziell im September 2017. In Phase 1 werden vorhandene geologische Daten ausgewertet. Dann beginnt das erste Ausbieben: In einem Zwischenbericht werden Mitte 2020 Teilgebiete benannt, es folgen Teilgebietskonferenzen mit Vertretern aus Kommunalpolitik, Gruppen und Bürgern.

Der Bundestag fällt dann einen Beschluss zur Festlegung der Gebiete zur Erkundung.

In Phase 2 steht die oberörtige Erkundung auf dem Plan, dann legt der Bundestag mit einem weiteren Beschluss mindestens zwei Standorte zur untertägigen Erkundung (Phase 3) fest.

Ein dritter Bundestagsbeschluss legt den Standort fest. Bis 2031 muss der Standort beschlossen sein, ab 2050 beginnt das Einlagern des „strahlenden Erbes“. An die in Frage kommende und auserwählte Region werden finanzielle Ausgleichszahlungen gehen. – win

verschlossen werden. Denn bis 2047 enden die Genehmigungen der Zwischenlager.

Fazit der Diskussionsrunde: Es wird Verlierer beziehungsweise eine Verliererregion geben. Da hilft es dann auch nicht, den Atommüll ins All zu jagen, wie ein Zuhörer vorschlug. Ausschluss und Auswahl der Regionen können die Bürger von Anfang an im Internet mitverfolgen, erste Ein-

grenzungen und Ausschlüsse bestimmter Regionen sollen mit Veröffentlichung des Zwischenberichts Mitte 2020 erfolgen.

Erst wenn entschieden ist, wie und wo der Müll langfristig möglichst sicher gelagert werden kann, seien einmalige Atommülltransporte verantwortlich. Jeder Transport sei gefährlicher als das Lagern im geschlossenen Raum.